

Antrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Gerald Häfner, Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zurückweisung der Angriffe auf die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag verurteilt Aufrufe von führenden Vertretern der Legislative und Exekutive, sich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Anbringung von Kruzifixen in bayerischen Pflichtschulen vom 16. Mai 1995 (– 1BvR 108/91 –) zu widersetzen, und weist in diesem Zusammenhang Angriffe auf die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts zurück.

Bonn, den 25. September 1995

Volker Beck (Köln)

Gerald Häfner

Rezzo Schlauch

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Das Bundesverfassungsgericht hat die Aufgabe, Freiheits- und Bürgerrechte auch gegenüber staatlichen Organen und deren Machtanspruch zu sichern. Ohne ein von den politischen Parteien und Institutionen unabhängiges Bundesverfassungsgericht besteht die Gefahr, daß die in der Verfassung niedergelegten Rechte uneingelöst bleiben.

Der Deutsche Bundestag sieht es als selbstverständlich an, daß sich in einer Demokratie auch das höchste Gericht der fachlichen und persönlichen Diskussion – auch mit anderen Verfassungsorganen – stellen muß. Im Interesse des Rechtsstaates ist aber Respekt vor der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Gerichts zu wahren. Die Diskussion um das „Kruzifixurteil“ des Bundesverfassungsgerichts war demgegenüber von fundamentalistischer und polemischer Kritik an der Institution des Bundesverfassungsge-

richts und den Richterpersönlichkeiten geprägt. Durch Aufrufe, sich mißliebigen Entscheidungen des Gerichts zu widersetzen, hat das Ansehen des Bundesverfassungsgerichts Schaden genommen. Persönliche Angriffe auf einzelne Richterpersönlichkeiten stellen Eingriffe in deren Unabhängigkeit dar und verletzen den Grundsatz der Gewaltenteilung.